

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrabe Nr. 6.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 47.

Sonntag den 6. März.

1892.

*** Rückschritt im Strafrecht.

Der neueste, dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf, der sich selbst bescheidener Weise nur als Abänderung des Strafgesetzbuchs und der Gerichtsverfassung präsentiert, wird in der überaus dünnen Begründung darauf zurückgeführt, daß der vor einem Berliner Schwurgericht im September 1891 verurteilte Mordprozess gegen die Heintze'schen Eheleute „verbreitete Mißstände“ habe hervorgerufen lassen, welchen trotz der Anstrengungen der beteiligten Behörden auf Grund der bisherigen Gesetze nicht hinlänglich gesteuert werden könne. Der Entwurf ist demnach von vornherein als ein Gelegenheitsgesetz charakterisiert. Um so auffälliger ist es, daß in der Begründung auch nicht einmal der Versuch gemacht wird, im Einzelnen die Mißstände darzulegen, die durch die Verhandlungen im Prozess Heintze in bisher nicht bekannter Weise in den Vordergrund getreten seien und den Nachweis zu führen, daß denselben mit den vorhandenen Mitteln der Strafgesetze und des Strafverfahrens nicht entgegengetreten werden kann, sowie daß die vorgeschlagenen Mittel in der That wirksam Abhilfe versprechen. In dem in Rede stehenden Prozess handelte es sich um die Anklage der Ermordung des Nachwächters Braun und waren dieserhalb angeklagt: der 27jährige Leibarzt Gottlieb K. Heintze, der nach der Anklage bereits wegen Diebstahls, Kuppelei, Unterschlagung, Hehlerei, Hausfriedensbruch u. s. w. 13 Mal bestraft ist, und dessen Ehefrau, 42 Jahre alt, die 41 Mal wegen Seitencontravention, 17 Mal wegen Diebstahls, Unterschlagung, Kuppelei, Münzvergehens, strafbaren Eigenraubes u. s. w., darunter 2 Mal mit Zuchthaus verurteilt ist. Die Verhandlung, die ein Bild tiefer fühlender Verkommenheit entrollte, wurde befaßlich abgebrochen, um die Vernehmung eines Jungen, der sich angeblich in Chicago aufhält, zu ermöglichen. Ob die Eheleute Heintze des Mordes an dem Nachwächter Braun überführt werden können, ist eine Sache für sich. Der Inhalt des Strafgesetzbuchs kommt dabei nicht in Betracht. Die Ermordung des Braun hat am 27. September 1887 stattgefunden. Die 1888 gegen Heintze geführte Untersuchung mußte mangels zureichender Beweise eingestellt werden. Kräftigt man den vorgelegten Gesetzentwurf, so ergibt sich, daß mit dem Heintze'schen Falle als solchen nur die in Vorlesung gebrachte Abänderung des § 181 des St.-G.-B. zusammenhängt, wonach auch der Gehmamt wegen qualifizierter Kuppelei bestraft werden kann, was bisher ausgeschlossen war, und daß der strafbare Tatbestand als vorhanden angesehen wird, auch wenn der Nachweis, daß in dem einzelnen Falle wirklich Unzucht getrieben worden ist, nicht geführt werden kann. Alle weiteren Bestimmungen der Vorlage beziehen sich lediglich auf die anderweitige Regelung der offenen Prostitution, die Verschärfung der Strafen gegen einfache Kuppelei, gegen Zuhälter als solche, gegen die Herstellung und Verbreitung unsittlicher Schriften u. und endlich auf eine Verschärfung der Zuchthaus- und Gefängnisstrafen durch eine harte Lagerstätte und zeitweilige Beschränkung der Nahrung auf Wasser und Brot in den Fällen, wo die That von besonderer Rohheit oder Sittenlosigkeit des Täters ist. Mit dem Prozess Heintze als solchem haben alle diese Vorschläge nicht das Mindeste zu thun. Sind man von der Frage der localen Beschränkung der offenen Prostitution ab — die gegen heimliche Prostitution bleibt ganz unberührt, obgleich von städtischen Stadtwürten aus gerade diese für das Familienleben des Volkes die gefährlichste ist — so bedeutet die Vorlage eine Gesetzmäßigkeit die seit einer Reihe von Jahren hervorgetretene Erweichung, welche davon ausgeht, daß der angeblichen „Verordnung“ nur durch härtere Strafen und durch Verschärfung des Strafverfahrens Einhalt getan werden könne. Die Gründe, mit denen namentlich die Verschärfung des Strafverfahrens begründet wird, gleichen in der Behauptung, daß die zu erlenkenden Strafen in einer für die

Verurteilten wirklich empfindlichen Weise vollzogen werden müssen. Eine schärfere und ungewöhnlich vollzogene dreimonatige Gefängnisstrafe sei im charakteristischen Ergebnis für die Verurteilten eine milder, als eine energisch und empfindlich vollstreckte einmonatige. Die Strafe müsse dem Verbrecher als ein ernstes Uebel fühlbar werden, vor welcher er sich scheue und welches ihm, einmal erlitten, warnend in der Erinnerung bleibe. Wenn der Gesetzgeber von dieser Auffassung ausgeht, so wird er bei hartem Lager und Wasser und Brot nicht stehen bleiben können. Wie lange wird es dauern, bis wir auf der rückläufigen Bahn dieser Strafvollstreckung wieder bei der Prügelstrafe angelangt sein werden? Und überdies entspricht es nicht der Auffassung des Volkes, daß es weniger auf die Dauer der Strafe als auf die Art der Bestrafung ankomme. Das, was dem Verurteilten das Empfindlichste ist, das ist die Entziehung der Freiheit. Man gebe doch einmal einen Verurteilten die Wahl, ob er drei Monate Freiheitsentziehung nach der bisherigen Methode einer einmonatigen mit den jetzt vorgeschlagenen oder anderen Verschärfungen vorzieht. Er wird der schärferen, aber kürzeren Strafe unter allen Umständen den Vorzug geben. Vollends wenn die Verschärfung des Strafverfahrens nur darin bestehen soll, daß in dreitägigen Fristen ein Tag bei Wasser und Brot zugebracht werden muß. Aber selbst die Prügelstrafe würde sich als unwirksam erweisen. Oder besteht größte Sittlichkeit und weniger Rohheit zu der Zeit, wo die Prügelstrafe die Regel war? Jeder weiß das Gegenteil. Die fortschreitende Festigung und Bildung hat auch im Strafprozess und im Strafverfahren menschlicheren und milderen Auffassungen die Wege bereitet. Es beruht auf einer völligen Verkennung dieser Entwicklung, wenn die Begründung sich auf das österreichische Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1852 oder auf die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuchs für den militären und strengeren Arrest beruft. Das Militärstrafgesetzbuch stammt noch aus einer Zeit, in der dieselben rohen Anschauungen die herrschenden waren, die heutzutage nur noch in engen, aber leider noch allzu einflussreichen Kreisen die Oberhand behalten und nun durch diesen Gesetzentwurf einen Vorstoß unternommen, um die alte Herrschaft wiederzugewinnen. Die jetzige Vorlage ist der erste Versuch, auf dem Gebiete des Strafrechts eine ähnliche Reaction ins Werk zu setzen, wie diejenige ist, die das neue Volksschulgesetz auf dem Gebiete des Volksunterrichts einleiten soll. Und deshalb rufen wir dem Reichstage zu: Principis obsta.

Politische Uebersicht.

Die Einzellandtage der österreichischen Monarchie mit Ausnahme desjenigen der Bukowina sind am Donnerstag zusammengetreten. Auf dem Tyroler Landtage waren die italienischen Abgeordneten nicht erschienen. Der Statthalter Graf v. Meroldt, sowie der Landeshaupmann Graf Brandts geben dem Bedauern über das Fernbleiben derselben Ausdruck. Ersterer sprach die Hoffnung aus, daß die italienischen Abgeordneten zum Landtag zurückkehren würden. Im Lemburger Landtag hob der Landmarschall Fürst Langusko hervor, daß die verständlichen Erklärungen der ruthenischen Abgeordneten am Schluß der letzten Session, und ihre Versicherung der Treue für den Kaiser und die katholische Kirche die Grundlage einer gemeinsamen politischen Action bilden könnten. Im böhmischen Landtage drückte der Ober-Landmarschall Fürst Ledebowitz in seiner Rede die Hoffnung aus, es werde trotz der vielfach vorhandenen Gegensätze gelingen, im Interesse der Bevölkerung erfolgreiche Resultate zu erzielen. — Der Abendschluß des ungarischen Abgeordnetenhauses nahm am Freitag den jetzt ausgearbeiteten Abendschluß zur Kenntnis. Der Entwurf ist im Wesentlichen nichts anderes als eine Paraphrase der bekannten Thronrede.

Das neue französische Ministerium Coubet

hat sich am Donnerstag dem französischen Senat und der Deputirtenkammer mit einer programmatischen Erklärung vorgestellt. Wir haben den Inhalt dieser Erklärung schon gestern mitgeteilt. Dieselbe wurde vom Centrum mit lebhaftem Beifall, von der Rechten und Linken ziemlich kühl aufgenommen. Der Republikaner Ribot knüpfte an die Erklärung der Erklärung eine Interpellation über die Kirchenpolitik des neuen Kabinetts, welche zu einer lebhaften Debatte und im weiteren Verlauf zu einer unerwarteten Vertrauensabstimmung für das neue Ministerium sich gestaltete. Minister Ribot erklärte, es bestehe keinerlei Verhandlung und keinerlei Einverständnis mit dem Vatikan über die jüngste Encyclica, es könne dafür zwischen dem Staate und dem Clerus nur das Concordat maßgebend sein. Das vorige Kabinet habe die Aufmerksamkeit des Papstes auf die Kundgebung der Bischöfe über die Wahlkardinalen gelenkt, der Papst habe in seiner Antwort die Zustimmung erteilt, daß er die Wahlkardinalen verschwinden lassen werde. Zum Schluß forderte Ribot die Kammer auf, sich rückhaltlos im Sinne der Politik des jetzigen Kabinetts auszusprechen. Barthou (Republikaner) brachte sein Gesandten über die letzte Krise aus, da ja die Kammer dieselben Minister und dieselben Regierungsgrundzüge wiederfinde. Ministerpräsident Coubet erklärte, er nehme die Verantwortlichkeit für die Kirchenpolitik des vorigen Kabinetts auf sich; die Regierung werde dem Gesetzentwurf über die Vereinigungen aufrecht erhalten. Pelletan verlangte die Veröffentlichung eines Gelübdes über die Verhandlungen mit dem Vatikan und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das neugebildete Kabinet dasselbe sei, wie das vorige. Ministerpräsident Coubet gab die Versicherung ab, daß das Kabinet durch keine Verpflichtung und keinen Vertrag mit dem Vatikan gebunden sei. — Die Kammer nahm hierauf mit 325 gegen 75 Stimmen die Tagesordnung Ribot an, in welcher die Erklärungen der Regierung gestillt werden. Die Sitzung wurde abtann aufgehoben. Die Tribunen waren überfüllt, fast sämtliche Vorleser, darunter Graf Münster, wohnten der Sitzung bei. Die große Mehrheit für das Ministerium hat selbst die Anhänger des Kabinetts überzählt. Die Minorität bestand fast nur aus Mitgliedern der Rechten Linken; selbst die eifrigen Anhänger des früheren Ministers Combars stimmten für die Regierung, angeblich um dadurch ihrer Mißbilligung Ausdruck zu geben, durch welche einige für Combars eintrittende Journale das Prestige Freycinet's als Kriegsminister zu schädigen trachten. Trogaldeben stellen die Pariser Journale dem neuen Ministerium eine nur kurze Lebensdauer in Aussicht.

Der geplante Eisenbahnbau von Bombassa nach dem Viktoria Nyanza im britisch-ostafrikanischen Schutzzgebiet kam am Donnerstag im englischen Unterhause zur Sprache. Auch die Engländer versuchen nach bekannten Mustern ihre Forderungen für Ostafrika mit der Unterdrückung des Sklavenhandels zu begründen. Bei der Verhandlung über den Kredit zur Vermeidung der Eisenbahn erklärte Cowther im Namen der Regierung, es handle sich bei der Forderung darum, ob England seine traditionelle Politik zu Gunsten der Unterdrückung des Sklavenhandels fortsetzen wolle oder nicht. Andere Länder wendeten bedeutende Summen zur Erweiterung ihrer afrikanischen Gebiete an, England habe indessen in dieser Hinsicht bisher nichts gethan. 150 Millionen seien bisher verneigt und nur 15 Millionen seien bisher schwach befunden worden. Sobald die Vermessung vollständig abgeschlossen sei, würden die Regierung und das Land besser in der Lage sein, die Ausführbarkeit der Eisenbahn zu beurtheilen; wenn England nichts thue, würde der Sklavenhandel in Uganda wieder aufleben. — Es geht mit den Forderungen für Afrika nachgerade ebenso wie mit den Militärverordnungen. Eine Regierung kräftigt sich immer auf die andere für die Nothwendigkeit neuer Ausgaben.

Das serbische Ministerium hat am Donnerstag in der Skupstina eine Niederlage erlitten. Ein vom Ministerpräsidenten Paskich unterstützter Antrag auf Erhöhung der Staatspost für die Finanzwoche um 30 000 Fres. wurde in Folge der Einsprache der Abgeordneten Ratkisch und Tatkisch abgelehnt. Der Justizminister wurde wegen angeblicher Saumseligkeit in der Kontrolle der Gerichtshöfe heftig angegriffen. — Nach den Ereignissen der letzten Tage erscheint ein Kabinetswechsel immer mehr als unausbleiblich.

Die griechische Ministerkrisis führt zu Vorgängen, welche darauf schließen lassen, daß die innere Lage des Königreichs eine sehr verworrene ist. Nach einem Telegramm aus Athen sind mehrere Offiziere, darunter der Abtheilungschef im Kriegsministerium, Umbritis, wegen ihres Verhaltens am Tage des Kabinetswechsels verhaftet worden. Ein weiteres Telegramm aus Athen meldet, daß am Donnerstag nach einer Verammlung der Delphianischen Partei, 20 Mitglieder dieser Partei beschlossen haben, sich der Regierung anzuschließen.

Aus portugiesisch Ostafrika kommt wieder einmal eine Hochsee. Ein Telegramm des Neuterischen Bureau aus Mozambique meldet, die unter dem Lieutenant Coutinho stehenden, zur portugiesischen Expedition nach dem Kapas-See gehörenden eingeborenen Soldaten hätten sich gegen ihre Offiziere aufgelehnt, plünderten das Land am untern Zambezi und hätten den Handel, deren Besitzthum sie angriffen, bedeutende Verluste zugefügt.

Deutschland.

Berlin, 5. März. Der Kaiser unternahm gestern eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten. Die Kaiserin wohnte am Donnerstag Abend mit mehreren Mitgliedern der königl. Familie der Vorstellung im Dornhause bei. — Die Kaiserin Friedrich hatte am Donnerstag Nachmittag eine größere Anzahl Herren und Damen der Hofgesellschaft zu einem Mahle geladen, dem sich eine Abendunterhaltung anschloß.

— (Der Kaiser) hat den Minister des Innern beauftragt, der Berliner Schutzmannschaft für ihr besonnenes, umsichtiges und energisches Verhalten bei den in den letzten Tagen des Februars vorgenommenen Straßennrunden seine Anerkennung auszusprechen. — Wir schließen uns diesem Urtheile „voll und ganz“ an.

— (Die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland) haben zu keinem Ergebnis geführt. In der Vorlage, welche dem Landtage zu gehen soll, ist deshalb eine anderweitige Verwendung der Einnahmen des Besessens vorgesehn.

— (Im Bundesrath) wurden am Donnerstag die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtzweilern mit Wasserbetrieb sowie in Glashütten, ferner die Aenderungen der Ausfühngsbestimmungen zum Gesetz über die Statistik des Baarenverkehrs mit dem Auslande angenommen. Die Versammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, das dem gegenwärtigen deutschen Eisenbahn-Eütertariff ein Spezialtariff für bestimmte Stückgüter eingefügt werde und genehmigte gewisse Aenderungen der Bestimmungen über die Beförderung von Knochen auf den Eisenbahnen. Weiter hat der Bundesrath auch noch der bereits erwähnten Vorlage über die Erhebung von Reichsteuermehlabgaben für Wein oder Spielaußweise, auf denen ein bestimmter Preis nicht angegeben ist, zugestimmt.

— (Der Reichskanzler) soll sich neuerdings nach dem Bel. Zbl. mit ersten Erwägungen über die Einführung des Brauntwein-Monopols beschäftigen. — Wir werden dies vorläufig hier bezweifeln.

— (Der Kultusminister) bereitet einen Gegenentwurf vor, der die Gemeinden verpflichtet soll, für die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer höherer Schulen im Wesentlichen dasselbe zu leisten, was für Lehrer an Staatsanstalten vorgesehen ist.

— (Die freikonservative „Post“) ist der Ansicht, daß der Artikel der „N. ö. Ztg.“: „Ein frischer Zug“, wegen dessen die Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben werden soll, durch seine Tendenz die Absicht der Beleidigung ausschließt. Eine Anklage in diesem Falle würde ein politischer Fehler sein und im Zusammenhang mit den sonstigen Anklagen gleicher Art der Annahme Vorschub leisten, als wolle die Regierung überhaupt die ihr unbequeme Kritik, die „Nörgel“ in der Presse mundtot machen.

— (Zum Kapitel der Soldatenmishandlungen) berichten die „Mainzer Nachr.“ aus Mainz: Unlängst kamen drei Unteroffiziere in angelegentlichem Zustande und Skandal machend in die Schloßkaserne. Auf einem Stur der Kaserne begegnete ihnen ein Soldat der Leibcompagnie. In der Dunkelheit bemerkte er nicht, daß er in den Lärmmachern Unteroffiziere vor sich hatte, und rief denselben in höflichem

Tone zu: „Was ist denn das für ein Skandal?“ Diese Worte erregten den Zorn eines der Unteroffiziere dermaßen, daß er dem Soldaten einen wuchtigen Hieb über den Schädel versetzte, so daß derselbe ins Lazareth geschafft werden mußte, wo er noch darnieder liegt.

In der bayerischen Armee soll nach einer Münchener Meldung der „Post. Ztg.“ der Grundbesitz unmaßstäblich durchgeführt werden, daß die aufgeführten Offiziere derjenigen Truppenabtheile, in denen Soldatenmishandlungen vorkommen, bei Auszeichnungen übergangen werden, auch wenn sie keine unmittelbare Schuld daran tragen.

— (Zur Schulgesetzvorlage.) In der „Kreuzztg.“ behauptet Herr Prof. Dr. Cremer-Greifswald u. a., das katholische Volk würde sich wie ein Mann erheben, käme ein Schulgesetz zu Stande, wie es die Gegner der Vorlage begehren. Damit aber wäre ein neuer Kulturkampf entfesselt. Und auch ein Verzicht auf das Gesetz würde fast genau dieselbe Wirkung haben wie ein den Gegnern genehmes Gesetz. Als wenn mit der Annahme der lex Jellis nicht ebenfalls ein neuer „Kulturkampf“ entfesselt würde, bei dem die Regierung das ganze gebildete und aufgeklärte Deutschland zum Gegner haben würde! Im übrigen meint Herr Dr. Cremer, es sei gegründete Aussicht vorhanden, daß in einer Schule, in der der Staat auch mit der katholischen Kirche in Frieden sich die Hand reiche, sich dieselbe (d. h. die katholische Kirche) den Luxus vertragen werde, den Syllabus gegen die preussische Staatshoheit geltend zu machen. Da kennt Herr Cremer die katholische Kirche schlecht. Für diese ist der Syllabus keineswegs ein „Luxus“. Was den Evangelischen Oberkirchenrath betrifft, so ist es nach Herrn Cremer Bielefeld unzulässig, daß dieser gerade gegen die Freiheit des Privatunterrichts Einspruch erhoben haben soll.

— (Ueber Arbeiterunruhen) wird aus Danzig vom Freitag telegraphirt: Der Magistrat ließ heute früh um Arbeit zu schaffen, auf den Kieselsteinen Erarbeiten beginnen, und es wurden 220 Arbeitslose mittels Dampfes dorthin befördert. An der Landungsstelle des Dampfes waren aber 800 Arbeiter erschienen. Die Juristgelehrten begingen darauf Ausschreitungen, die sich besonders gegen Bäckerläden und Vortragerrichteten. Auch wurde ein Wagen mit Fleisch geplündert. Noch jetzt sind zahlreiche Gruppen von Arbeitslosen in Bewegung, welche aber von der Polizei unschwer gestreut werden. Nach polizeilicher Ermittlung haben an dem Krawall hauptsächlich junge Burschen und Arbeitertheile sich betheilig, die übrigen Arbeiter zersplittert sich ruhig, nachdem die verheerenden Beschäftigung erhalten. Geraubt wurden in 3 Bäckerläden Brotsaaten im Werthe von 20 Mark, sowie etwas Fleisch.

— (Den Unterricht der sozialdemokratischen Freidenkergesellschaft) in Wandebek, an dem 84 Kinder Theil nahmen, hat die dortige Polizei verboten, die Stunden geschlossen und die Lehrer, zwei Sozialisten, nach dem Polizeiamt gebracht. Die Gesellschaft verlegte den Unterricht darauf nach dem hamburgischen Gebiet, dicht neben der Wandebeker Grenze.

Parlamentarischs.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 4. März.) Bei der heute begonnenen zweiten Beratung des Etats des Reichsanwaltschafts im Reichstage drehte sich die Discussion fast ausschließlich um den freikonservativen Antrag, die Regierung zu Verhandlungen zu verpflichten, welche zum Zweck haben, durch Uebernahme von Staat zu Staat das Privateigentum zur See in Kriegszuständen zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundbesitz des Völkerrechts zu erheben. Nachdem Abg. Baumbach den auch von einigen nationalliberalen „Eitelbrüdern“ oder Freunden unterzeichneten Antrag begründet hatte, erklärte der Reichstagspräsident, er könne sich von solchen Verhandlungen keinen Erfolg versprechen. Der Antrag sei ein altes Vorurtheil der Kaufleute und humanen Vorgesetzten, dem er unter anderen Umständen zustimmen würde, auch wenn er nicht von den „liberalen Freunden“ eingebracht wäre! Die Mehrzahl der Seepaten rechne mit der Möglichkeit, die Handelschiffe für den Seerück dienstlich zu machen; man könne die dazu geeigneten Schiffe nicht so lange ungeführt lassen, bis sie die Kriegslage ausfinden. Daß diese Erklärung der Erklärung des Privatentwurfes zur See im Kriegszustand zu Gute kommen werde, ist nicht gerade wahrscheinlich. Im Jahre 1870 hat das Reich bekanntlich neunzig den Reichstag gemacht, das Privateigentum zur See. Das schen auch Abg. Hermann (son.) zu hören, als er Herrn Baumbach anheimgab, den Antrag zurückzuziehen, damit die Ablehnung desselben nicht den humanen Vorgesetzten schade. Nachdem noch die Abg. Lehmann, Dr. v. Bar für den Antrag, Dr. Dörner mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichstagspräsidenten den Antrag gebilligt, zog Dr. Warth als Mitunterzeichner denselben zurück. In der Erörterung des gegenwärtigen Fonds des auswärtigen Amtes auf 500 000 Mk. (bisher 480 000) wiederholt der Reichstagspräsident auf Veranlassung des Abg. Richter die Erklärung in der Budgetcommission, daß nach dem 1. April aus dem Besessens keine weiteren Beträge mehr gezahlt würden. Graf Gallenkreuz und v. Bennigsen acceptiren diese Erklärung, während Abg. Richter den Fonds für zu hoch hält und eine vorherige gesetzliche Regelung über die Verwendung des Besessens verlangt. Die Erhöhung wird mit großer Mehrheit bewilligt gegen die Sozialdemokraten und die Widerheit der Freikonservativen. Soweit wir wahrnehmen konnten, stimmten gegen die Bewilligung u. a. Abg. Richter, Dornel, Berner,

Langerhans; für dieselbe Abg. Baumbach, Bamberg, Barth, Schenk, Birkhof, Bachme, Klinge, Richter, Schröder, Dehn, Wolckmuth, Maager u. i. w. Fortsetzung Morgen.

— In der Freitagssitzung der Volksschulcommission, in der der Abschnitt über die Aufbringung der Volksschullasten erledigt wurde, haben die Konservativen wieder einmal einen glänzenden Beweis ihrer Anpassungsfähigkeit gegeben. Die §§ 41 und 43 der Vorlage, welche sich auf die Verwendung der Schulstiftungen und des Societätsvermögens beziehen, riefen eine lange und erregte Discussion hervor. Der Gopler'sche Entwurf hatte das Societätsvermögen auf die Gemeinde als Trägerin der Volksschule übertragen. Die Jellis'sche Vorlage beläßt es beim Alten, überträgt aber die Vertretung der Schulstiftung in rechtlicher Beziehung auf die Schulvorstände. Nur in dem Falle, wo der bisherige Schulbesitz in mehrere Schulbezirke getheilt wird, hat das Societätsvermögen auf diejenige bürgerliche Gemeinde überzugehen, für deren Einwohner die betreffende Schule bestimmt war. In der vorjährigen Commission hatten die Konservativen für die Uebertragung der Stiftungen u. a. an die Gemeinden gestimmt, während das Centrum dieselbe bekämpfte. Heute waren die Konservativen völlig umgewandelt und stimmten mit dem Centrum für die Regierungsvorlage, ja sie brachten einen noch weitergehenden Antrag ein, der die Bestimmung über die Theilung des Schulvermögens bei Theilung der Schulbezirke streichen wollte. Taggen hatten die Freikonservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen die Uebertragung an die Gemeinde nach Maßgabe der Gopler'schen Vorlage beantragt. Korch (kons.) verteidigte die Vorlage als einen Schutz wohlhabender Vermögensinteressen. Abgeordneter v. Huene stellt in der Ueberweisung an die Gemeinden einen Antrag, welcher die Rechte, er sprach von Confiscation des Vermögens und declarirte, daß ein solches Gesetz zu sozialdemokratischen Consequenzen führen müsse. Frieberg, Seyffardt, Guncereus stellen den Gesinnungswechsel der Konservativen in das beste Licht. Es handelte sich lediglich darum, das Vermögen einer juristischen Person auf eine andere zu übertragen, so daß dasselbe noch besser als bisher dem ursprünglichen Zwecke dienen werde. Frh. v. Jellis und Wesfel nahmen eine mehr vermittelnde Stellung ein. Der Kultusminister erklärte, die neue Vorlage nehme allerdings einen anderen Standpunkt ein, als die Gopler'sche; das sei aber kein Vorwurf. Er vertrete es aber, wenn die Gegner der confessionellen Schule an dem früheren Standpunkt festhielten. Das Stiftungsvermögen (etwa 7 Mill. Mk.) sei entzweit durch Gesetze, welche bei Todesfällen den Schulen, nicht der Gemeinde gehören. Schließlich wurde sowohl der freikonservative als der nationalliberale Antrag abgelehnt und §§ 41 u. 43 nach der Regierungsvorlage bezugnehmend dem Antrag des Abg. Richter, d. h. unter Streichung des letzten Absatzes von § 43 von der conservativsten Mehrheit angenommen. Die §§ 42, 44 bis 50 werden nach der Vorlage angenommen. Zu dem folgenden Abschnitt, der von der Verwaltung der Volksschulangelegenheiten und der Schulbehörden handelt, stellen die Freikonservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen den Antrag, den ganzen Abschnitt an eine Subcommission zur Vorprüfung zu überweisen. Nächste Sitzung morgen.

Provinz und Umgegend.

g. Halle, 3. März. Sächsisch-Thüringische Actiengesellschaft für Braunkohlen-Verwertung zu Halle a. S. Wie bereits schon mitgetheilt, sollen für 1891 10 % Dividende (Vorjahr 9 %) vertheilt werden. Die Abschreibungen sind ebenfalls um ca. 100 000 Mk. höher als im Vorjahr vorgenommen. Die Erhöhung des Actienkapitals von 3 810 000 Mk. (excl. 1 Million Mark Obligationen) um 1 199 200 Mark wird hauptsächlich durch Neuanlagen und Vergrößerung der Werke bedingt. So soll z. B. u. A. die Grube von der Seydt bei Ammentorf, die vorzüglichste und mächtigste Kohle birt, bisher aber stets nur ganz verschwindend kleine Erträge abgeworfen, einer bedeutenden Vergrößerung unterzogen werden, wodurch angemessene Erträge erzielt werden. Schließlich sei noch bemerkt, daß eine nochmalige Erhöhung des Actienkapitals in den nächsten Jahren wahrscheinlich ist. — Größlicher Papierfabrik. Am 26. Februar er. hat hier eine Sitzung des Aufsichtsrathes stattgefunden, in welcher die Halbjahrs-Bilanz (1. Juli 1891 bis 31. Dezember 1891) vorlag. Dieselbe stellt sich aber bedeutend schlechter als die des Vorjahres, wo bekanntlich nach 7 % Dividende vertheilt worden sind. 4 Der Circus Drexler-Lobe wird am 31. d. M. in Naumburg, wo er übermüdet, seine Vorstellungen beginnen. Von hier beginnt die Tournee dann über Merseburg, Teichitz, Torgau, Gotha u. c., welche in diesem Jahre sich meistens auf Norddeutschland erstrecken wird. Eine Anzahl Künstler ersten Ranges sind bereits engagirt und kürzlich allmählich in Naumburg eintreffen.

Böhmische Bettfedern und Daunen

in doppeltgereinigter staubfreier Waare empfiehlt in Folge Zollermäßigung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Die feinsten Qualitäten von 45 Pf. an v. Pf. in vielen Preislagen.
Fertige Betten von 100—12 Mk. das Bett.

En gros.

Otto Dobkowitz.

En detail.

Neuheiten in Kleiderstoffen

sind in großer Auswahl eingetroffen.
Schwarze gemusterte Stoffe und Cachemire
in allen Preislagen billigst bei

Ed. Zentgraf-Heber.

Mittwoch den 9. März, abends 7 Uhr, im Tivoli

CONCERT

der Lehrkräfte der Akademie der Tonkunst zu Gehört Fährlein von Rechenberg, Herr Alfred Ernst, Herr Hans Rosenmeyer und Herr Heinrich Kiefer.

Program.

- 1) Chaconne, Violine und Piano von Bach, Wilhelm.
 - 2) Herren Rosenmeyer, Ernst.
 - 3) Polacca aus Mignon von Thomas, Frl. von Rechenberg.
 - 4) Suite, Cello und Piano von Popper, Herren Kiefer, Ernst.
 - 5) Vieler: a. Ad. N. 2. u. 3. von Grieg, b. Die Fischerin von Stange, Frl. von Rechenberg.
 - 6) Trio Opus 9, Nr. 3 von Rubinstein, Herren Ernst, Rosenmeyer, Kiefer.
- Nummern 1 bis 4, 1.50 Mk., Nummern 5 bis 6, 1 Mk. in der Stollberg'schen Buchhandlung.

Städtlicher Verein St. Marini.

Montag den 7. März, abends 8 Uhr, im Saale der Reichskrone

III. Familienabend.

1. Vortrag des Herrn Prediger Bornhal: „Erinnerungen an Vad. Volk.“
 2. Gesänge und Musik-Vorträge.
- Gäste willkommen. Der Vorstand.

Bürger-Verein für städtische Interessen.

Versammlung Montag d. 7. März 1892, abends 8 Uhr, im „Tivoli.“

- Tagesordnung:
- 1) Berathung des Protokolls voriger Versammlung.
 - 2) Annahme neuer Mitglieder.
 - 3) Die Verachtung einiger städtischer Parzellen betreffend.
 - 4) Die städtischen Transportmittel von Bergmühlstein u. s. w. betreffend.
 - 5) Besprechung der in letzter Zeit in hiesiger Stadt vorgekommenen Schornsteinbrände.
 - 6) Freigebellen.
- Gäste willkommen. Der Vorstand.

Freie turnerische Vereinigung.

Parthei: Sonntag den 6. März d. J. Kothbader Denkmal - Neumark.

Sammelplatz: Postgebäude Nachm. 1 Uhr.

Reichskrone.

Heute Sonntag den 6. März letzte grosse

Zauber-Soirée.

Eintritt 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entrée: 5 Pf. Speisung 75 Pf., II. Platz 50 Pf., Gallerie 30 Pf.

Nachmittags 3 Uhr grosse

Extra-Vorstellung

für Schüler u. Schulkinder. Entrée: 1 Pf. Platz 20 Pf., II. Platz 15 Pf., Gallerie 10 Pf. Admissionsloos

Louis Blanck.

Suche zu Oheim einen

Lehrling.

H. Winzer, Holzschlößchen.

Noch 1 Gärtnerlehrling

gehört in der Gärtnerei der Villa Blauke. H. Rechyott.



Ein Transport der besten Zimmthaler hochtragenden Kühe und Kalben, sowie auch Genthiner Kühe und Kalben ist eingetroffen und offeriren sehr preiswerth Gustav Daniel & Co., Weissenfels.

Zuckerauer
Brikets und Preßkohlensteine
Lieferer ist bei vorzüglichster Beschaffenheit jedes Quantum prompt und billigst Heinrich Schultze, kleine Ritterstrasse Nr. 17.

Peruanischer Guano.

Zur bevorstehenden Frühjahrssaison empfehlen wir dem verehrlichen landwirtschaftlichen Publikum rohen, gemahlenen u. aufgeschlossenen Peru-Guano unter der neuerrichteten

„Füllhorn-Markte“, auf welche wir besonders zu achten bitten.

Der Peru-Guano hat sich seit Jahrzehnten als sicherster und wirksamster Düngstoff bewährt; nur dieser, als thierisches Excrement, darf dem Stalldünger als ebenbürtig zur Seite gestellt werden, nicht aber die vielen künstlichen Gemische mineralischen Ursprungs. Die Erhaltung aller Orlen und Zeiten lehrt, dass die Düngung mit Peru-Guano nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bei allen Getreidearten, Hackfrüchten etc. die reichsten und besten Ernten eine andauernde Verbesserung des Bodens bewirkt, was bei Düngung mit mineralischen Stoffen, namentlich mit Chili-Salpeter, nicht z. trifft.

Hamburg, im Januar 1892.

Anglo-Continentale (vom Ohlendorff'sche) Guano-Werke.

Alleinige Importeure des Peru-Guano für alle Länder der Welt.

Empfehlenswert für jede Familie!

BOONEKAMP
Bitter

der beste Bitterbaum
Genuss, von welchem aromatischen
der Wirkung wehnt, zu verdauen befördernd!

Ein sich vor veralteten Nachahmungen zu schützen
Bitterbaum
zu haben in allen besseren Delikatessen
und Colonialwarenhandlungen, so
wie in Hotels, Restaurants
u. Cafés etc. etc.

Gegründet 1846. 25 Medaillen.

Lekant unter der Devise:
Occidit, qui non servat,
von dem Erfinder und alleinigen Destillateur
H. UNDERBERG - ALBRECHT
am Rathhause
in Rheinberg am Niederrhein.
K. K. Hoflieferant.

Special-Corset-Fabrik

R. Schindler's Ww.,
Halle a/S., Schmeerstr. 30.
Corsetts nach Maass
unter absoluter Garantie für bequemen Sitz.
Confirmand.-Corsetts.

Stroh Hüte

zum Waschen und Modernisiren werden angenommen.
Bertha Jungnickel,
an der Geisel Nr. 3.

Ginen Gesellen,

nützigen Arbeiter, sucht für dauernde Beschäftigung Louis Conrad, Schneiderstr., Erbischdorf.

NB. Auch kann dorthin ein Lehrling Oheim in die Lehre treten.

Ginen Lehrling

G. Kraft, Bädermstr., Breitestr. Nr. 6.

Ginen Lehrling

sucht zu Oheim Gustav Göze, Fleischermeister.

Einen Lehrling

sucht zu Oheim Wilhelm Kuchhaus, Bädermstr., Friedr.straße.

Ein gut empfindlicher Arbeiter

kann nachgewiesen werden durch Reinitz, Schneiderstr., Grünitzstr. 2.

For ein hiesiges Contor wird per 1. April d. J.

ein jüngerer Commis

mit schöner Handschrift gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen u. Lebensbeschreibung unter Chiffre B. H. Nr. 365 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ein anständige ältere Wirthschafterin sucht bei einem einzelnen Herrn oder Dame Stellung. Ein Hausburche, 16-17 Jahre, kann in Naumburg Stellung erhalten. Eine verheirathete Köchin und Embrennädlerin, das nähen und blättern kann, zum 1. April nach Naumburg bei eine hohe einzelne Dame, Mädchen für Küche und Hausarbeit nach Naumburg und Bad Köchin gesucht. Frau Heere, Weissenfels, Friedrichsplatz Nr. 14.

Suche zum 1. April 3 tüchtige Mädchen für Küche und Haus, am liebsten vom Lande. Zu erfragen

Amnestraße 6, Merseburg.

Ein Kindermädchen, nicht unter 16 Jahren, per 1. April gesucht.

Alwine Mayer, Hospitalgärten.

1. April gesucht: 5 Landwirthschafterinnen, 10 Köchinnen, 8 Stubenmädchen, sowie 10 Mädchen für Küche und Haus durch Frau Köhn, Halle a. S., H. Ulrichstr. 91. (20283)

Ein ältere und jüngere Verwalter, Küchener, Hofmeister, Kuchner, Diener, Gärtner, Schärer, Aufwärter, Anechte, Landwirthschafterinnen erhalten sofort und später Stellung durch das Landwirthschaftliche Bureau von Friedrich Große, Halle a/S., Kurze-gasse 1, am Leipziger Thurm.

Auch Sonntags bis 12 Uhr geöffnet.

Ein junges anständiges Mädchen, welches Lust hat, Schneider zu erlernen, wird angenommen Dammstraße 10, 1 Tr.

Ein alleinstehendes Mädchen sucht Stelle als Wirthschafterin oder Mamzell. Off. unter F. R. in der Exped. d. Bl. erbeten.

Thüringer Hof.

Ein zuverlässiges, nicht zu junges, mit guten Kenntnissen versehenes Mädchen sucht sofort oder später

Anna Hering.

Eine erste Fuhrmaderin

sofort gesucht bei M. Exner, Entenlau 2.

Eine Frau oder Mädchen zum Milchtragen

gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine gesunde kräftige Amme, am liebsten vom Lande, sucht sofort

Franz Trüblich, Schmalzstr. 21.

Dem Fräulein Martha Hofe zu ihrem 23. Biegebente ein dreimal beneuertes Hoch, das die ganze Hüttenprose enthält und Martha mit Otto vor Freude anpfeift.

Mehrere Freundinnen.

H. P. G. N. W. St.

Für die vorübergehenden deutschen Colonisten in Rußland gingen ein: 8. 0.30; 9. 23. 3; 10. 11. 5; 11. 10; 12. 10; 13. 10; 14. 10; 15. 10; 16. 10; 17. 10; 18. 10; 19. 10; 20. 10; 21. 10; 22. 10; 23. 10; 24. 10; 25. 10; 26. 10; 27. 10; 28. 10; 29. 10; 30. 10; 31. 10; 32. 10; 33. 10; 34. 10; 35. 10; 36. 10; 37. 10; 38. 10; 39. 10; 40. 10; 41. 10; 42. 10; 43. 10; 44. 10; 45. 10; 46. 10; 47. 10; 48. 10; 49. 10; 50. 10; 51. 10; 52. 10; 53. 10; 54. 10; 55. 10; 56. 10; 57. 10; 58. 10; 59. 10; 60. 10; 61. 10; 62. 10; 63. 10; 64. 10; 65. 10; 66. 10; 67. 10; 68. 10; 69. 10; 70. 10; 71. 10; 72. 10; 73. 10; 74. 10; 75. 10; 76. 10; 77. 10; 78. 10; 79. 10; 80. 10; 81. 10; 82. 10; 83. 10; 84. 10; 85. 10; 86. 10; 87. 10; 88. 10; 89. 10; 90. 10; 91. 10; 92. 10; 93. 10; 94. 10; 95. 10; 96. 10; 97. 10; 98. 10; 99. 10; 100. 10.

Herzlichen Dank. Weitere Gaben übermitteln gern Sup. Martins.

Die heutige Nummer enthält die wöchentliche Landwirthschaftliche und Handelsbeilage.

Hierzu eine Beilage.

Volkswirtschaftliches.

Eine Brotvertheilung an beschäftigungslose Arbeiter hat am Dienstag in Wien stattgefunden. In derselben erhielten nahezu 6000 Männer, in einem anderen Stadtheile gegen 6000 Weiber. Je 4000 erhielten Brot. Es kam hierbei zu geringen Ausschreitungen, wobei zwei Verhaftungen vorgenommen wurden. Von den für die bedürftigen Arbeitlosen eingeleiteten Geldsammlungen verspricht man sich ein bedeutendes Ergebnis. Der Bergarbeiterstreik in England, der vom 12. März ab bevorsteht, wirft bereits seine Schatten voraus. Die Kohlenpreise sind in London um 2 s. per Tonne gestiegen. Die Eigentümer der Kohlenzechen weigerten sich Aufträge entgegen zu nehmen. Die Beträge sind gering. Der Londoner Correspondent des „Manchester Courier“ meldet, daß die Londoner Gasgesellschaften sich nach dem Continent gewendet haben. Während der letzten Tage wurden verschiedene Agenten nach den Hauptkohlenbezugs-Deutschlands und Belgiens abgesandt, um Lieferungen von einigen tausend Tonnen Kohlen, welche zu bestimmten Terminen in London abgeliefert werden müssen, abzumachen. Der größere Theil derselben wird auf britischen Schiffen nach der Rheinsee verladen werden. Die betreffenden Verträge sind bereits abgeschlossen.

Trotz aller Zinsermäßigungen, welche sonst für Obligationen jeder Art statgefunden haben, wird die Oesterreichische Südbahngesellschaft von der Regierung nach wie vor gezwungen, ihre Obligationen mit 4 1/2 Proz. zu verzinzen. Als Aufschubbehörde hat das Eisenbahnministerium jede Kündigung und Zinsermäßigung untersagt. Gründe wurden nicht angegeben. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man diese Beschränkung mit dem Plan der Verstaatlichung in Verbindung bringt. Wiederholt und auch jetzt wieder hat die dortige Eisenbahngesellschaft beim Abgeordnetenhaus petitionirt gegen diese Art von Ausnutzung des Vorkaufsrechts des Staates.

Provinz und Umgegend.

R. Halle, 4. März. Die Strafkammer III des hiesigen königl. Landgerichts verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung u. A. folgende Sachen: Der domicille, mehrfach verurtheilte Tuchmacher Gustav Stein aus Kuckenwalde, 23 Jahre alt, in Haft, hatte sich im Dezember v. J. in der Haberth'schen Gaubirtheihaft zu Merseburg der Zechprellerei schuldig gemacht und außerdem noch einen Ueberzieher mitgehen lassen. Bei den verzeihlichen Vermuthungen, den Noth zu veräuern, ist er freigesprochen worden. Von der Anklage der Zechprellerei wurde er freigesprochen, dagegen wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenverlust verurtheilt. — Eine Art „schwarze Bande“ bildeten die sich hier zusammenfindenden beschäftigungslosen Buchhalter Moriz Hermann Hoffmann aus Leipzig und Tischler Emil Wilhelm Pfau aus Jittau i. S. Unter der Firma „Dscar Lange, Halle a. S., Mauerstraße 6“ mußte Pfau nach dem Tittat des v. Hoffmann bei der Firma Jährling, Bootfabrik, Lindenau-Leipzig, bei welcher Hoffmann früher thätig gewesen war und daher die Verhältnisse kannte, zweimal Waaren in Werthe von nahezu 1000 M. bestehlen, die auch hier eintrafen und von den beiden „Geschäftsleuten“ in Empfang genommen wurden. Bei dem Verzuge, die Waare auf dem hiesigen Postamt zu versenden, wurden Waare angehalten und die Waare beschlagnahmt, die dem Abfender wieder zurückgegeben wurde. Pfau, bisher unbestraft, erhielt wegen Betrügerei 4 Monate Gefängnis, Hoffmann dagegen 8 Monate Gefängnis zusätzlich zu einer gegen ihn in Leipzig erkannten 10monatlichen Gefängnisstrafe. Der Staatsanwalt hatte gegen Hoffmann als gemeingefährlichen Menschen Zuchthausstrafe beantragt.

R. In Dammendorf bei Niemberg umweit Halle feierte dieser Tage der Auswähler Böttcher mit seiner Ehefrau in seltener Müthigkeit das Fest der diamantenen Hochzeit. Die Einsegnung fand im Beisein einer zahlreichen Gemeinde in der Dreifaltigkeit der Wirthschaftlichen statt. Neben anderen Ehrenbezeugungen wurde dem Jubelbräutigam das Gemeinde-Ehrenrecht verliehen.

In der am Mittwoch in Magdeburg abgehaltenen Verbandsversammlung des provinziell-sächsischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes wurde als Ort für die Mitte Mai stattfindende zwölftägige Provinzialconferenz Siedlitz gewählt.

Am Sonntag früh führte in Koburg ein Lieutenant eine Abtheilung Soldaten zur Kirche. Auf diesem Wege begegnete dem Zuge ein Marinefeldat, der ohne militärischen Geuß vorüberging. Der Offizier hielt denselben an und setzte ihn zur Rede. Der Marinefeldat verbeugte sich höflich und entgegnete:

„Einfachlichen Sie, Herr Lieutenant, ich bin Schuster und komme vom Markensball.“

Unter ihren Halle'schen Nachr. schreibt die S. Ztg. unterm 3. d. Mit Bezug auf die bereits gestern von uns als jeder Begründung entbehrend bezeichnete Meldung der „Berl. Vorzeitg.“ über eine Aeußerung des Kaisers zu „einem vielgenannten deutschen Arzte, der gegenwärtig in Halle lebt“, wiederholen wir an dieser Stelle auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Professor D. v. Bramann, daß diese Nachricht vollkommen aus der Luft gegriffen und erfunden ist, falls die „Vorzeitung“ mit jenem Arzte, woran kaum zu zweifeln ist, Herrn v. Bramann meinen sollte. Herr von Bramann ist in jüngerer Zeit überhaupt nicht vom Kaiser in Audienz empfangen worden.

Die Einkommensteuer-Berathungs-Commission des Weisenfelder Kreises hat nach der S. Ztg. ihre Arbeit beendet. Hinsichtlich der Ergebnisse ist so viel in die Öffentlichkeit gedrungen, das anzunehmen ist, die Selbstverschätzung habe einen wesentlichen Ueberschuß ergeben. Das Weisenfeld nun auch 15 Millionen unter seinen Einwohnern zählt, ist für die Steuerzahler eine angenehme Ueberschätzung. Am 25. April wird in Weisenfeld eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten stattfinden. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat einen Staatszuschuß von 150 M. zu Preisen für dieselbe bewilligt. — In tiefe Verdrüßnis wurde die Familie des Landwirths Rühlmann in Freitroda versetzt. Der 23jährige einzige Sohn gerieth, indem die Pferde plötzlich durchgingen, unter das Gefährt, wobei er so schwer verletzt wurde, daß er schon wenige Stunden später starb.

Bei Glend am Broden wurde eine junge Dame von einem Stroh überfallen und durch Hiebe über den Kopf und die Arme verundet. Glücklicherweise eilten auf das Hilferufen der Bedauernswürthen folgende Menschen herbei, die den Unhold verschleuderten. Derselbe ist jedoch erkannt worden.

In Leipzig wurde an dem Hause Reichstraße Nr. 6 eine Gedenktafel aus schwarzem Marmor angebracht. Die Tafel trägt die goldene Inschrift: „In diesem Hause wurde geboren der Luftspieltheater Robert Benedix am 21. Januar 1811.“

Localnachrichten.

Merseburg, den 6. März 1892.

Im Saale der „Reichskrone“ giebt heute Nachmittag der Jambekünstler Herr Louis Wand eine Schaller- und Kindervorstellung bei ermäßigten Preisen und abends 8 Uhr seine letzte Hauptvorstellung. Angehts der vorzüglichen Leistungen dieses hier seit Jahren bekannten Künstlers glauben wir, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um Herrn Wand ein volles Haus zu sichern.

In Bezug auf den am Donnerstag in Frankfurt stattgehabten Unglücksfall, welcher dem Schuhmacher Rodendorf daselbst das Leben kostete, wird uns nachträglich mitgeteilt, daß R. nicht von dem mit Stroh beladenen Bahnhwagen, sondern wahrscheinlich von einer Keinei weiter geführt ist, welche an demselben lehnte. Der Vorrath hat sich ohne Zeugen zugetragen und konnte auch nicht völlig aufgeklärt werden, weil der Verunglückte bis zu seinem Verschwinden die Bestimmung nicht wiedererlangte. Eine Beweile am Hinterkopfe des R. war das einzige Zeichen des durch den Sturz erlittenen äußeren Schadens.

Gingefandt.

Zu unserm Bahnhofsbaue. Wer an den Weg baut, hat viele Weiber, warum sollte derselbe, welcher die Wege verbaut, wie es die Eisenbahnverwaltung nach dem aufgestellten Projecte beabsichtigt, nicht die allgemeine Kritik herausfordern? Ganz entschieden beinträchtigt die projectirte Anlage die Entwidelung resp. Ausdehnungsmöglichkeit der Stadt erheblich. Und dies ist der Hauptpunkt, um welchen sich die Unzufriedenheit mit der Anlage dreht, alle anderen sind nebensächlich und im Hinblick auf die allgemeinen Vortheile erträglich. Was die gemachten Vorschläge bezüglich der Verlegung betrifft, sind dieselben schon vor Aufstellung des vorliegenden Projectes Gegenstand der Erwägung gewesen, darum darf wohl kaum angenommen werden, daß die Eisenbahnverwaltung von dem vorgelegten Entwurfe abgehen wird. Alle Proteste dürften also erfolglos sein und es bleibe nur übrig, zu überlegen, wie der oben beragte Uebelstand zu mildern und erträglicher zu machen ist — zu beseitigen ist er unene nicht. Wenn aber die Bauverwaltung und unsere Stadtbehörden es sich angelegen sein lassen, einander entgegen zu kommen, dürften Auskunftsmitel wohl aufzufinden sein. Für die Erschließung des jenseits der Bahn und der Halle'schen Straße liegenden Terrains sind drei Fahrwege bestimmt: 1) Globigauer Straße, 2) am Knoth'schen Grundstück, 3) am Clausenweg.

Für den Fußverkehr sind dann noch zwei Tunnel bestimmt: 1) der bereits bestehende in der Lauchhäger Straße und 2) der neuanzulegende am Nothen Brückenterrain. Das ist entschieden zu wenig. Auf der gemienen Straße Lindenstraße-Weiße Mauer - Clausenweg ist ein gerader Weg nach dem Gelände hinter der Halle'schen Straße nicht vorgesehen. Wenn auch vor der Hand ein erhebliches Bedürfnis nicht vorliegt, so wird sich solches herausstellen, da dieses Terrain voraussichtlich zum Neuanbau dienen wird. Diesem Uebel wäre abgeholfen, wenn die Bahnverwaltung mindestens eine tunnelartige Unterführung vom Tunnel am Knoth'schen Grundstücke bis zur Weißen Mauer anlegte, die dann auf das Gärtner Richter'sche Grundstück gerichtet, sich in der geplanten Verbindungsstraße nach der Unteraltendurg als Straße fortsetzen würde. Ferner könnte die geplante Unterführung zu dem Veron der Lauchhäger und Mischel'schen Bahn weiter geführt werden und dadurch, wenn auch nur für den Personenverkehr, eine weitere Verbindung mit dem jenseitigen Gelände geschaffen werden. Es beständen dann drei Fahrwege und drei resp. vier Personenwege; die eventuellen Mehrkosten dürften mit den zu erzielenden Vorteilen recht wohl im Einklange stehen.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, den 4. März 1892. Der Vorsitzende, Stadtr. Prof. Dr. Witte, macht vor dem Eintritt in die Tagesordnung folgende Mittheilungen: Seitens des Herrn Oberpräsidenten der Provinz als königl. Landtags-Commissarius sind die Mitglieder beider Stadtbehörden zur Theilnahme an dem am Sonntag den 6. d., vormittags 10 Uhr, im Dome hieselbst stattfindenden Landtags-Eröffnungs-Concubien eingeladen worden. — Durch Referat vom 25. Februar d. J. ist die Wahl des Gerichtspräsidenten Püger aus Königsberg zum bestohlenen Stadtrath hieselbst auf die gesetzliche Dauer von 12 Jahren, vom 1. October 1891 an gerechnet, vom königlichen Regierungspräsidenten bekräftigt worden. — Die Tagesordnung wird hierauf wie folgt erledigt:

1) Zur Einführung des Stadtraths Püger ergreift Bürgermeister Reinefarth das Wort. Seiner Aufforderung gemäß leistet der neu Eingewählte zunächst den vorgeschriebenen Anseid. Bürgermeister Reinefarth wendet sich hierauf mit einer herzlichen Ansprache an denselben und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß der Stadtverwaltung durch seine Anseid eine fröhliche, thätige Hilfe und Mitarbeiterschaft gewonnen, daß aber auch für sein Ererben hier ein dauerndes und dankbares Arbeitsfeld geboten sein möge. Stadtrath Püger dankt dem Bürgermeister für die freundliche Begrüßung, der Verammlung für seine einstimmige Wahl und verspricht, seine volle Kraft und sein ganzes Interesse für das Wohl des Gemeinwesens, dem er nun angehört, einzusetzen. Der Vorsitzende Stadtr. Witte begrüßt das neue Mitglied des Magistrats im Namen der Versammlung ebenfalls mit herzlichen Worten und Wünschen. Damit ist der Einführungssatz erledigt.

2) Stadtr. Meier referirt über den vom Magistrat vorgelegten Plan zur Erweiterung resp. Verlegung des hiesigen Bahnhofs. Bekanntlich hat der Minister der öffentlichen Arbeiten mit Rücksicht auf die beschränkten Raumverhältnisse des jetzigen Bahnhofs angeordnet, daß derselbe künftighin nur dem Personenverkehr dienen, während für den Güterverkehr ein neuer Bahnhof geschaffen werden soll. Für letzteren sind die Feldpläne nördlich der Lindenstraße, östlich des jetzigen Eisenbahndammes und südlich des Clausenweges in Aussicht genommen. Magistrat ist mit dieser Anlage nicht einverstanden, weil dieselbe dem Interesse der Stadt insofern widerspricht, als hierdurch ein für die bauliche Erweiterung sehr geeignetes Terrain in Beschlag genommen wird, weitere Neubauten nach dem westlichen Viertel geträgt werden und die Stadt dadurch eine unverhältnismäßig weitläufige Ausdehnung erlangt, die bei allen Gas- und Wasserleitungen, wie auch bei zukünftigen Canalisationsanlagen vertheuernd und erschwerend wirken muß. Magistrat ist der Ansicht, daß die Anlage des Güterbahnhofes im Westen der Stadt denselben nicht sofort wieder der Gefahr aussetzen würde, in einigen Jahren von Gebäuden resp. Straßen eingekleidet zu werden. Ganz energisch protestirt Magistrat weiterhin gegen die beabsichtigte Personen-Unterführung am Nothen Brückenterrain an Stelle des jetzigen Volkverkehrs, da hierdurch dem Verkehr vom Westen her nach der Stadt und umgekehrt, für den die genannte Straße eben erst mit einem großen Kostenaufwande hergestellt worden, höchst unangünstige Bahnen vorgeschrieben würden. In Brandfällen werde es ferner höchst nachtheilig sein, wenn die einen wesentlichen Bestandteil unserer freiwilligen Feuerwehr bildende Brand'sche Fabrikfeuerwehr nur auf Umwegen in die Stadt gelangen könne. Magistrat beabsichtigt daher, zu beantragen, neben der Personen-

Unterführung am Rothen Brückenrain auch die Ueberfahrt für Fußwerk fernerhin zu gestatten, andernfalls aber den Weg kurz vor der Ehrensäule nach der Salleschen Straße zu auf Kosten der Eisenbahnverwaltung in gehöriger Breite zu pflastern, zu beleuchten und zu unterhalten. Diefelbe Forderung müßte bereits des Planweges hinter dem jetzigen Güterbahnhof erhoben, auch die Beleuchtung der Unterführungen und die Mitbenutzung der von der Bahnverwaltung anzulegenden Entwässerungsanlagen beanprucht werden. Die Schadloshaltung aller Privatinteressen sei selbstverständliche Bedingung. Referent macht hierzu noch einige Bemerkungen betr. industrieller Anlagen in der Nähe dieses projectirten Güterbahnhofs und stellt schließlich den Antrag: Die Versammlung wolle sich mit den Ausstellungen und Forderungen des Magistrats einverstanden erklären. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit großer Majorität angenommen.

3) Stabv. Hoffmann referirt über den Abschluß der Sparkasse für 1891. Discussion und Antrag finden sich hieran nicht.

4) Stabv. Lindenstein erlattet Bericht über die Beschlüsse der am 13. Juli v. J. zur Berathung einiger Fragen betr. der Kinderfestfeier gewählten gemischten Commission. In der Zwischenzeit sind der letzteren zwei Eingaben zugegangen und zwar die eine vom Verein hiesiger Gastwirthe, die zweite vom Bürger-Verein für städtische Interessen. Beide sprechen den Wunsch aus, die Feyer für Ende Juni oder Anfang Juli beizubehalten; ersterer hatte noch um mögliche Ausdehnung des Festes auf den folgenden Dienstag und um Beschränkung der Schanzelste von Nichtgastwirthen gebeten. Von der Commission ist die Ausdehnung des Festes abgelehnt, die feierliche Art und Weise der Feyer beibehalten, hinsichtlich der vielgestaltigen und theilweise recht unangenehmen Zelte der Nichtgastwirthe aber das Bedürfnis nach Abhilfe erkannt und letztere in Aussicht gestellt worden. Mit der Ausführung soll die Festcommission beauftragt werden. Stabv. Rindfleisch beantragt, die feierliche und in letzter Zeit zu weit ausgeübte Bewirthung der Stadtverordneten im Magistratszelt einzustellen und diese allein auf die Lehrer zu beschränken. Bei der Abstimmung wird der Commissionsbeschluss genehmigt, der Antrag des Stabv. Rindfleisch abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung wird wegen Ausbleibens des Referenten vertagt und hierauf in die geheime Sitzung eingetreten.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

§ Schkudig, 3. März. Seitens des Magistrats war an die hiesigen Handel- und Gewerbetreibenden eine Einladung zu einer Versprechung nach dem großen Rathesellsenale auf Mittwoch Abend ergangen, um festzusetzen, wie die 5 Stunden, welche das Reichsgesetz vom 1. Juni 1891 für den Gernerbetrieb in offenen Verkaufsstellen an Sonn- und Festtagen freigelegt vertheilt werden sollen. Es machten sich in der Versammlung zwei Ansichten geltend. Während nämlich auf der einen Seite dafür eingetreten wurde, daß diese 5 Stunden auf die Zeit vor und nach dem Frühgottesdienste verlegt werden sollten, beiführte man von der anderen Seite, von den freigegebenen 5 Stunden wenigstens 2 Stunden für den Nachmittag festzusetzen und sich der von Mühlberg a. G. ausgehenden Petition an den Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg, die für kleinere Städte die

Nachmittagsstunden von 3-5 Uhr den Geschäften namentlich mit Rücksicht auf die Kanthandchaft offen halten möchte, anzuschließen. Die Mehrzahl war mit 29 (gegen 21) Stimmen für letzteren Vorschlag.

§ In Freyburg beschloß dieser Tage eine Versammlung von Landwirthen die Errichtung einer Molkerei-Genossenschaft unter der Firma „Dampfmolkerei Freyburg a. U., E. G. m. b. H.“ Gezeichnet wurden ca. 3000 Uter Milch auf den Tag. Das Gebäude wird seinen Platz in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes finden.

Spielplan des Stadttheaters zu Halle a. S.

von 6. März incl. 13. März 1892.
Sonntag: Nachmittag: „Madame Mongodin.“ hierauf „Cavalleria Rusticana.“ Abend: „Die Königin von Saba.“
Montag: „Die goldne Spinne.“ Dienstag: „Die Balläre.“ Mittwoch: „Der zerbrochene Krug.“ Concert E. Demuta a. G. — Donnerstag: „Solberg.“ Freitag: „Der fliegende Holländer.“ (H. Reissmann a. G.) Sonnabend: „Der Durenkraut.“ — Sonntag: „Die Sagenotten.“

In Vorbereitung. Ethelie. Ein Wintermörder. Faust I. Theil. Gnom. Philippino Welsch. Fieskando. Hans Helling. Judra. Die lustigen Weiber v. Windsor. Menzi.

Vermischtes.

* (Fürchterliche Schneefälle) wüthen in Trief. Der Schnee liegt in den dortigen Straßen 6 cm hoch. Der Verkehr in den Straßen ist auf das Äußerste beschränkt. Mehrere Dampfer konnten wegen der eiligen Bora nicht abgefahren werden. Die Eisenbahnzüge treffen mit erheblicher Verspätung ein.

* (Missethathung.) Die Kurovoker Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat dem Kapitän Williger von dem Dampfer des Nord. Nord. „Spre“ anlässlich der Rettung der Passagiere und Mannschaften des Kurovoker Dampfers „Abysinia“ am 18. Dezember v. J. die goldene Medaille verliehen. Der zweite Offizier Pollard und der dritte Offizier Randemann erhielten die silberne Medaille, 11 Matrosen der „Spre“ eine Prämie von je 20 Schilling.

* (Ein Akt der Unchastität) wird aus Paris gemeldet. In einem Hause der Straße St. Denis verübten am Donnerstag drei Missethäter einen Einbruch. Dieselben wurden überführt und ergreifen, von der Menge verfolgt, die Flucht. Zwei entkommen, der dritte zerbrach unangekündigt einen Revolver auf seine Wertsache ab. Er tödtete zwei derselben und verwundete einen Mann schwer. Nach wüthendem Kampfe wurde der Dieb überführt und von der Menge fast todgeschlagen und zerstückt. Die Polizei vermochte nicht die Missethäter zu verbinden.

* (Auch ein Verabfolgungsnachweis.) Das kleine schiffliche Städtchen Witten, bekannt durch seinen ausgezeichneten „reinen“ Tabak, hat ein neues communitales Theaterbau. Gemeldet haben sich 78 Bewerber. Unter diesen Bürgermeistern ist spe. befindet sich einer, der zu seiner Empfehlung die Vertheilung seines katholischen Zeitschrifters über eifrigen Kirchenbesuch eingekauft hat.

* (Von der „Eider“.) Die bisher vermissten 15 Passagiere sind aufgefunden und unverzüglich nach Southampton gebracht worden. Der Bericht, das Schiff strotz zu machen, mußte am Dienstag unterbleiben, da die erforderlichen Vorkehrungen nicht genügend vorgesehritten sind. Der Besatzung war am Ankommen außerordentlich niedrig und ein melancholischer Schanzel bei sich in der Nachbarschaft der „Eider“ dem Auge dar, wo die Trümmer der 6 früher daleist gescheiterten Schiffe, der spanischen „Sant. Gertrude“, des Schmers „Uzzie Dunlop“ von Carnarvon, des Hollschiffes „Sirenia“ von Glasgow und der Dampfer „Claremont“, „Craig“ und „Cormoran“ als düstere Jengen von den Gefahren der Tiefen aus den Fluthen hervortraten. Etwas eine Meile von der „Eider“ waren die Planen des besunkenen Dampfers „Gier“ von Kiel sichtbar, welcher auf seiner Heimfahrt vom Mittelmeer dort unterging.

* (Ein Eisenbahnunfall.) Bei dem auch ein Beamter aus Berlin getödtet worden ist, ereignete sich am Freitag früh in Bromberg. Nach Mitteilung des Eisenbahnbetriebsamts Bromberg stieß am Freitag Morgen 5 Uhr 45 Minuten vor der Einfahrt in den Bahnhof Bromberg infolge eigenmächtigen Zurückfahrens des vorgehenden Güterzuges 1061 teils des Telegraphenhaltenden Güterzug 61 auf den vom Mühlbergtelegraphen haltenden Güterzug. Mehrere sind nicht verletzt. Getödtet wurden Postbeamter

Wenzel aus Berlin, Bremier Douste aus Charlottenburg, Beier Wenzel aus Bromberg, der Pfahlführer Seimlich aus Charlottenburg und Postbeamter des hiesigen aus Berlin und seiner. Postbeamter Gendel aus Berlin und Schaffner Jech aus Bromberg leicht verwundet. Die Lokomotive des Schnellzuges und mehrere Wagen sind beschädigt, jedoch die Strecke Bromberg bis Schneebühl voraussichtlich auf 24 Stunden in der Weise getrennt ist, daß Passagiere zunächst umfetzen müssen.

* (Drei Schiffsoffiziere), die auf einem zur Abfahrt bereitgestellten transatlantischen Dampfer Waaren im Werte von über 10000 Mark durchschmuggeln wollten, sind am Donnerstag in Hamburg verhaftet worden. Es handelte sich um viele hunderttausend Markens, goldene Gemme, Silber und eine Partie Eisenwaaren, welche die Offiziere nach Westindien durchschmuggeln wollten.

* (Ueber den jetzigen Zustand des schlafenden Bergmanns) verläutet unter dem 2. März aus Mysłowitz folgendes: Man hat nicht geglaubt, aus der ärztlichen Seite nicht, daß Johann Ratos, welcher 4 1/2 Monate in tiefem Schlafe gelegen, sich nach seinem Erwachen so schnell erholen würde. Allerdings wird sein Zustand als der denkbar beste bezeichnet. Die schon einmal erkrankte, trat nach dem Erwachen des Ratos eine rasche Abmagerung des Körpers ein, welche nimmere durch kräftige Nahrung, die man dem Kranken bereichte, vollständig gehoben ist. Dieser befriedigende Ernährungszustand, in dem sich der Bergmann jetzt befindet, ist auch die Ursache, daß die schwere Operation, die mit ihm vorgenommen werden mußte (Gerausnahme einer Nippe) ohne die geringsten Folgen für den Kranken geblieben ist. Allerdings hat sich herausgestellt, daß nur die Ninge in Folge des monatelangen Liegens angegriffen ist, während die Nieren, entgegen einer früheren Annahme, unversehrt sind. Sehr bedauerlich ist jedoch die Verletzung der gestrigen Niere des Bergmanns, der jetzt in der Lage ist, auf alle an ihn gerichteten Fragen in präziser Weise zu antworten. Neulich wurde Ratos von einem Krankenwärter gefragt, ob er sich an die Anfänge seiner Krankheit erinnern könne, worauf er von den ersten Momenten nach dem Erwachen sprach. Von dem ihn behandelnden Arzt wird noch immer bestritten, daß die Zerstörung der Ninge eine Augenkrankheit nach sich ziehen konnte, nach einer telegraphischen Meldung aus Glarus, im Kurort Bad Ragaz. Eine Sanftmütigkeit, nach einer telegraphischen Meldung aus Glarus, im Kurort Bad Ragaz. Eine Sanftmütigkeit, nach einer telegraphischen Meldung aus Glarus, im Kurort Bad Ragaz.

* (Brandstiftung durch ein Meteor.) Nach einer Depesche des Pariser „Soleil“ aus Bourges ist in dem dieser Stadt benachbarten Dorfe Grande-Metairie ein Brand ausgebrochen, der durch ein Meteor verurteilt worden ist. Das feurige Meteor fiel auf das Dach einer Scheune, brach durch dasselbe und setzte das darunter befindliche Heu in Flammen, worauf das Feuer sich auch auf das anstehende Wohnhaus vertheilte. Mehrere Personen haben zugehoben, wie das Meteor herabfiel und sofort an der betr. Stelle die Flammen in die Höhe schlugen.

Börsen-Berichte.

Halle, 5. März 1892.

Preise mit Ansdluß der Wallergüter für 1000 kg netto.
Weizen, fest, 204-217 Mt., feinstes märkischer und ausländischer über Meißel, Weizenmehligen 200-206 Mt. Roggen, fest, 213-220 Mt. Gerste, Braun-, rubig, 168-188 Mt., feinste über Meißel, Futter-, 150 bis 160 Mt. Hafer, fest, 150 bis 168 Mt. Mais, amerik. Weizen, fest, 138-145 Mt. Donaumais 156-164 Mt., neuer ungarischer ohne Handel. Raps - Mari. Rüben, Sommererbsen. - Mt. Erbsen, Sibirische, rubig, 200 bis 220 Mt., feinste über Meißel, Wicken ohne Handel. Preise für 100 kg netto.

Kämme, einisch, each, 40-42 Mt. Stärke, einisch, fest, halbes prima Meißel 43.50-44.50 Mt., abfallende Sorten billiger, Meißel, einisch, each, best, bei geringen Vorräthen, 38.50-39.50 Mt. Kisten 38-40 Mt. Böhnen 18.00-20 Mt. Ackererbsen, Spargel, 25.00 bis 27.50 Mt. Rothklee 80-96-118 Mt., Schwedischer Klee 100-115-120 Mt., Weis- 90-120-148, Gelb- 40-60-60. Mohl, blau, 66.00-68.00 Mt. grau - Mt. Futtererbsen, Futtermehl 17.00-18.00 Mt. Roggenmehl 12.50-13.50 Mt. Weizenmehl 11.75-12.25 Mt., Weizenmehl 12.50-13.50 Mt., dunke 11.00-12.00 Mt., einisch, 15.50-16.50 Mt., Mt. Weizen, 29.00-30.50 Mt. Haber, 12.00, Petroleum 23.00 Mt., Solaröl 0.825-0.830 16.00 Mt. Spiritus, 1000 Liter - Preis, fl. Mt., Kartoffel - mit 50 Mt. Verbrauchsabgabe 65.50 Mt., mit 70 Mt. Verbrauchsabgabe 46.00 Mt. Rüben - Mt.

Anzeigen.

Hier diesen Theil übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Statt besonderer Meldung.

Lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Wittich-Bräutigam **Georg Braeseke** im Alter von 29 Jahren am 4. März, mittags 12 Uhr, in Halle von seinem 3-jährigen schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde. Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen: **H. Braeseke.** Die Beerdigung findet Montag Nachmittags 4 Uhr in Halle statt.

Oeffentliche Versteigerung.

Mittwoch den 9. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr.

versteigerte ich im Lagerstuppen der verstorbenen Frau Expediteur **Wemmann** hier, Fischerstraße, für Rechnung, wen es angeht:

- ca. 200 Centner amerik. sogen. gefiebtes Baumwollsaatmehl, 56%, angeblich gute gesunde Waare, letzte Ernte, in Partien von je 10-20 Centnern gegen sofortige Baarzahlung.

Merseburg, den 5. März 1892.
Tauschnitz, Gerichts-Vollzieher.

Holz-Auction.

Montag den 7. März, vormittags 11 Uhr, verkauft **Rittergut Löpzig** bei der Schule meistbietend circa 40 **Haufen Weisholz, Gersten-, Hafer- und Weizenstroh, Hafer- und Weizenstreu** verkauft **H. Schmidt, Ziegerei, Halleische Straße 24.**

Bäckerei-Verkauf.

Ein Bäcker-Grundstück mit geräumig, Stellung, großem Hof und Garten, gut verzinlich, ist wegen Krankheit des Besitzers unter günstigen Bedingungen zu verkaufen durch **G. Höfer in Merseburg.**

- Ein zweijähr. Fohlen letzten Schlages ist zu verkaufen **Braunsdorf Nr. 9.**
- Ein hochtragende Kuh steht zum Verkauf **Geusa Nr. 33.**
- Ein Paar große Färschweine stehen zum Verkauf **Weißenseifen Str. 14.**
- Zwei Färschweine sind zu verkaufen **Altenburger Schulplatz 3.**
- 11 Stück 6 Wochen alte **Ferkel** verkauft **Bündorf Nr. 16.**
- Ein Paar Färschweine sind zu verkaufen **Weiße Auener Nr. 4.**

Ein gut, mit Desfarbe gefärbt, **Regenwasserfaß** ist wegen Abreise billig zu verkaufen **Lebighausener Straße 6** im Vorderhaus, par. rechts.

Ein Confrmanden-Roth

billig zu verkaufen **Freuenstraße 12.**

Ein größeres Logis n. 1. April zu vermieten **Gottthardstraße 21.**

Sobald erschienen: **Sozialdemokratische Zukunftsbilder.** Frei nach Weibel von **Eugen Richter, Mitglied des Reichstages.** Schon als Stellungnahme zum in die humanistisch-historische Erziehung der Schüler einer Buchbinderfamilie am sozialdemokratischen Zukunftsbild durch Eugen Richter weithin Verfall, auch in der Damenwelt gefunden. Preis 10 Pfennig. Zu beziehen durch die Exped. des „Merseburger Correspondent“, Delbrück 5.

Wer discret, prompt und billig inserieren, alle Mithingung (Werbeschriftung), - Porto und Nebenbesen - erproben will, wende sich an die älteste u. leistungsfähigste Annoncen-Expedition **Haasenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg.**

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Erscheinungsstelle: Delgrube Nr. 6.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis:
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 47.

Sonntag den 6. März.

1892.

*** Rücksicht im Strafrecht.

Der neueste, dem Reichstage zugegangene Gesetzesentwurf, der sich selbst bescheidener Weise nur als Abänderung des Strafgesetzbuchs und der Gerichtsverfassung präsentiert, wird in der überaus dünnen Begründung darauf zurückgeführt, daß der vor einem Berliner Schwurgericht im September 1891 verhandelte Mordprozeß gegen die Heintze'schen Geleute „verbreitete Mißstände“ habe hervortreten lassen, welchen trotz der Anstrengungen der beteiligten Behörden auf Grund der bisherigen Gesetze nicht hinlänglich gesteuert werden könne. Der Entwurf ist demnach von vornherein als ein Gelegenheitsgesetz charakterisiert. Um so auffälliger ist es, daß in der Begründung auch nicht einmal der Versuch gemacht wird, im Einzelnen die Mißstände darzulegen, die durch die Verhandlungen im Prozeß Heintze in bisher nicht bekannter Weise in den Vordergrund getreten seien und den Nachweis zu führen, daß denselben mit den vorhandenen Mitteln der Strafgesetze und des Strafverfahrens nicht entgegengetreten werden kann, sowie daß die vorgeschlagenen Mittel in der That wirksam Abhilfe versprechen. In dem in Rede stehenden Prozeß handelte es sich um die Anklage der Ermordung des Nachwächters Braun und waren dieselbe angeklagt: der 27jährige Töbter Gottlieb K. H. Heintze, der nach der Anklage bereits wegen Diebstahls, Kuppelei, Unterschlagung, Schleierei, Hausfriedensbruch u. s. w. 13 Mal bestraft ist, und dessen Ehefrau, 42 Jahre alt, die 41 Mal wegen Diebstahls, Unterschlagung, 17 Mal wegen Diebstahls, Sittenkontravention, 17 Mal wegen Diebstahls, Unterschlagung, Kuppelei, Münzvergehens, strafbaren Eigenraubes u. s. w., darunter 2 Mal mit Justizhaus verurteilt ist. Die Verhandlung, die ein Bild tiefer fittlicher Verkommenheit entrollte, wurde bekanntlich abgebrochen, um die Vernehmung eines Zeugen, der sich angeblich in Chile aufhält, zu ermöglichen. Ob die Geleute Heintze des Mordes an dem Nachwächter Braun überführt werden können, ist eine Sache für sich. Der Inhalt des Strafgesetzbuchs kommt dabei nicht in Betracht. Die Ermordung des Braun hat am 27. September 1887 stattgefunden. Die 1888 gegen Heintze geführte Unterdrückung mußte mangels zureichender Beweise eingestellt werden. Prüft man den vorgelegten Gegenentwurf, so ergibt sich, daß mit dem Heintze'schen Falle als solchen nur die in Vorschlag gebrachte Abänderung des § 181 des St.-G.-B. zusammenhängt, wonach auch der Ehegatte wegen qualifizierter Kuppelei bestraft werden kann, was bisher ausgeschlossen war, und daß der strafbare Ehestand als vorhanden angesehen wird, auch wenn der Nachweis, daß in dem einzelnen Falle wirklich Unzucht getrieben worden ist, nicht geführt werden kann. Alle weiteren Bestimmungen der Vorlage beziehen sich lediglich auf die anderweitige Regelung der offenen Prostitution, die Verschärfung der Strafen gegen einfache Kuppelei, gegen Zuhälter als solche, gegen die Herstellung und Verbreitung unzüchtiger Schriften u. s. w. und endlich auf eine Verschärfung der Justizhaus- und Gefängnisstrafen durch eine harte Lagerstätte und zeitweise Beschränkung der Nahrung auf Wasser und Brot in den Fällen, wo die That von besondrer Reue und Heintze'skeit des Täters war. Mit dem Prozeß Heintze als solchen haben alle diese Vorschläge nicht das Mindeste zu thun. Sollen man von der Frage der lokalen Beschränkung der offenen Prostitution ab — die sogen. heimliche Prostitution bleibt ganz unberührt, obgleich von sündlichen Standpunkten aus gerade diese für das Familienleben des Volkes die gefährlichste ist — so bedeutet die Vorlage eine Congression an die seit einer Reihe von Jahren hervorgeratene Strömung, welche davon ausgeht, daß der angeblichen „Verobdung“ nur durch härtere Strafen und durch Verschärfung des Strafverfahrens Einhalt getan werden könne. Die Gründe, mit denen namentlich die Verschärfung des Strafverfahrens begründet wird, stimmen in der Behauptung, daß die zu erlassenden Strafen in einer für die

Beurtheilung wirklich empfindlichen Weise vollzogen werden müssen. Eine schlaue und ungewöhnlich vollzogene dreimonatige Gefängnisstrafe sei im thatsächlichen Ergebnis für die Beurtheilten eine mildere, als eine energisch und empfindlich vollstreckte einmonatige. Die Strafe müsse dem Verbrecher als ein ernstes Uebel fühlbar werden, vor welcher er sich scheue und welches ihm, einmal erlitten, warnend in der Erinnerung bleibe. Wenn der Gesetzgeber von dieser Auffassung ausgeht, so wird er bei hartem Lager und Wasser und Brot nicht stehen bleiben können. Wie lange wird es dauern, bis wir auf der rückläufigen Bahn dieser Strafvollstreckung wieder bei der Prügelstrafe angelangt sein werden? Und überdies entspricht es nicht der Auffassung des Volkes, daß es weniger auf die Dauer der Strafe als auf die Art der Bestrafung ankomme. Das, was dem Beurtheilten das Empfindlichste ist, das ist die Entziehung der Freiheit. Man gebe doch einmal einen Beurtheilten die Wahl, ob er drei Monate Freiheitsentziehung nach der bisherigen Methode einer einmonatigen mit den jetzt vorgeschlagenen oder anderen Verschärfungen vorzieht. Er wird der schärferen, aber kürzeren Strafe unter allen Umständen den Vorzug geben. Vollends wenn die Verschärfung des Strafverfahrens nur darin bestehen soll, daß in dreitägigen Fristen ein Tag bei Wasser und Brot zugebracht werden muß. Aber selbst die Prügelstrafe würde sich als unwirksam erweisen. Der herrschte größere Eitelkeit und weniger Nothleid zu der Zeit, wo die Prügelstrafe die Regel war? Jeder weiß das Gegenstück. Die fortschreitende Gesittung und Bildung hat auch in Strafprozeß und in Strafverfahren menschliche Wärme bereitet.



hat sich am Donnerstag dem französischen Senat und der Deputiertenkammer mit einer programmatischen Erklärung vorgestellt. Wir haben den Inhalt dieser Erklärung schon geteilt mitgeteilt. Dieselbe wurde vom Centrum mit lebhaftem Beifall, von der Rechten und Konservativen Linken ziemlich kühl aufgenommen. Der Republikaner Rivet kritisierte am die Verlesung der Erklärung eine Interpellation über die Kirchenpolitik des neuen Kabinetts, welche zu einer lebhaften Debatte und im weiteren Verlauf zu einer unerwarteten Vertrauensabstimmung für das neue Ministerium sich gestaltete. Minister Duboué erklärte, es bestehe keinerlei Verhandlung und keinerlei Einvernehmen mit dem Vatikan über die jüngste Encyclica, es könne dafür zwischen dem Staate und dem Clerus nur das Concordat maßgebend sein. Das vorige Kabinet habe die Aufmerksamkeit des Papstes auf die Rundgebung der Bischöfe über die Wahl-Katechismen gelenkt, der Papp habe in seiner Antwort die Zusicherung erteilt, daß er die Wahl-Katechismen verschwinden lassen werde. Zum Schluß forderte Rivet die Kammer auf, sich rückfällig im Sinne der Politik des jetzigen Kabinetts auszusprechen. Barthou (Republikaner) drückte sein Entommen über die letzte Krise aus, da ja die Kammer dieselben Minister und dieselben Regierungsgrundzüge wiederfinde. Ministerpräsident Duboué erklärte, er nehme die Verantwortlichkeit für die Kirchenpolitik des vorigen Kabinetts auf sich: die Regierung werde den Gesegenentwurf über die Vereinigungen aufrecht erhalten. Pellétan verlangte die Veröffentlichung eines Gelbbuches über die Verhandlungen mit dem Vatikan und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das neugebildete Kabinet dasselbe sei, wie das vorige. Ministerpräsident Duboué gab die Versicherung ab, daß das Kabinet durch keine Verpflichtung und keinen Vertrag mit dem Vatikan gebunden sei. — Die Kammer nahm hierauf mit 325 gegen 75 Stimmen die Tagesordnung Rivet an, in welcher die Entscheidungen der Regierung geklärt werden. Die Sitzung wurde alsdann aufgehoben. Die Tribünen waren überfüllt, fast sämtliche Vorkühler, darunter Graf Münster, wohnten der Sitzung bei. Die große Mehrheit für das Ministerium hat selbst die Anhänger des Kabinetts überzählt. Die Minorität bestand fast nur aus Mitgliedern der Konservativen Linken; selbst die eifrigsten Anhänger des früheren Ministers Constans stimmten für die Regierung, angeblich um dadurch ihrer Mißbilligung über die gestern erwähnten pamphletartigen Angriffe Ausdruck zu geben, durch welche einige für Constans eintretende Journale das Prestige Freybins als Kriegsminister zu schädigen trachteten. Tropaladen stellen die Pariser Journale dem neuen Ministerium eine nur kurze Lebensdauer in Aussicht.

Das neue französische Ministerium Duboué

hat sich am Donnerstag dem französischen Senat und der Deputiertenkammer mit einer programmatischen Erklärung vorgestellt. Wir haben den Inhalt dieser Erklärung schon geteilt mitgeteilt. Dieselbe wurde vom Centrum mit lebhaftem Beifall, von der Rechten und Konservativen Linken ziemlich kühl aufgenommen. Der Republikaner Rivet kritisierte am die Verlesung der Erklärung eine Interpellation über die Kirchenpolitik des neuen Kabinetts, welche zu einer lebhaften Debatte und im weiteren Verlauf zu einer unerwarteten Vertrauensabstimmung für das neue Ministerium sich gestaltete. Minister Duboué erklärte, es bestehe keinerlei Verhandlung und keinerlei Einvernehmen mit dem Vatikan über die jüngste Encyclica, es könne dafür zwischen dem Staate und dem Clerus nur das Concordat maßgebend sein. Das vorige Kabinet habe die Aufmerksamkeit des Papstes auf die Rundgebung der Bischöfe über die Wahl-Katechismen gelenkt, der Papp habe in seiner Antwort die Zusicherung erteilt, daß er die Wahl-Katechismen verschwinden lassen werde. Zum Schluß forderte Rivet die Kammer auf, sich rückfällig im Sinne der Politik des jetzigen Kabinetts auszusprechen. Barthou (Republikaner) drückte sein Entommen über die letzte Krise aus, da ja die Kammer dieselben Minister und dieselben Regierungsgrundzüge wiederfinde. Ministerpräsident Duboué erklärte, er nehme die Verantwortlichkeit für die Kirchenpolitik des vorigen Kabinetts auf sich: die Regierung werde den Gesegenentwurf über die Vereinigungen aufrecht erhalten. Pellétan verlangte die Veröffentlichung eines Gelbbuches über die Verhandlungen mit dem Vatikan und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das neugebildete Kabinet dasselbe sei, wie das vorige. Ministerpräsident Duboué gab die Versicherung ab, daß das Kabinet durch keine Verpflichtung und keinen Vertrag mit dem Vatikan gebunden sei. — Die Kammer nahm hierauf mit 325 gegen 75 Stimmen die Tagesordnung Rivet an, in welcher die Entscheidungen der Regierung geklärt werden. Die Sitzung wurde alsdann aufgehoben. Die Tribünen waren überfüllt, fast sämtliche Vorkühler, darunter Graf Münster, wohnten der Sitzung bei. Die große Mehrheit für das Ministerium hat selbst die Anhänger des Kabinetts überzählt. Die Minorität bestand fast nur aus Mitgliedern der Konservativen Linken; selbst die eifrigsten Anhänger des früheren Ministers Constans stimmten für die Regierung, angeblich um dadurch ihrer Mißbilligung über die gestern erwähnten pamphletartigen Angriffe Ausdruck zu geben, durch welche einige für Constans eintretende Journale das Prestige Freybins als Kriegsminister zu schädigen trachteten. Tropaladen stellen die Pariser Journale dem neuen Ministerium eine nur kurze Lebensdauer in Aussicht.

Der geplante Eisenbahnbau von Bombassa nach dem Viktoria Nyanza im britischen ostafrikanischen Schuggebiet kam am Donnerstag im englischen Unterhaus zur Sprache. Auch die Engländer versuchen nach bekannnten Werten ihre Forderungen für Ostafrika mit der Unterdrückung des Sklavenhandels zu begründen. Bei der Beratung über den Kredit zur Vermessung der Eisenbahn erklärte Bowther im Namen der Regierung, es handle sich bei der Forderung darum, daß England seine traditionelle Politik zu Gunsten der Unterdrückung des Sklavenhandels fortsetzen wolle oder nicht. Andere Länder wendeten bedeutende Summen zur Entwicklung ihrer afrikanischen Gebiete auf, England habe indessen in dieser Hinsicht bisher nichts getan. 150 Meilen seien bisher vermessen und nur 15 Meilen seien bisher schwierig befunden worden. Sobald die Vermessung vollständig abgeschlossen sei, würden die Regierung und das Land besser in der Lage sein, die Nutzbarkeit der Eisenbahn zu beurteilen; wenn England nichts thue, würde der Sklavenhandel in Uganda wieder aufleben. — Es geht von den Forderungen für Afrika nachgerade eben so wie mit den Militär-forderungen. Eine Regierung beruft sich immer auf die andere für die Nothwendigkeit neuer Ausgaben.